

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
13. Rat 2004-2009
Sitzungsdatum:
07.02.2006**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 07.02.2006

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung vom 05.07.05
3. Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
4. Antrag der St. Sebastianus Schützenbruderschaft 1410 Übach e.V. vom 25.10.2004 auf eine Finanzierungsbeihilfe für den Bau eines vereinseigenen Schützenheimes incl. Luftgewehr-Schießanlage
5. 28. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Marienstraße/Grenzweg
hier: Aufstellungsbeschluss zur Änderung der Festsetzung "Grünfläche" in "Sondergebiet" und "Mischgebiet" und Anordnung der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie Anordnung der öffentlichen Auslegung
6. Erschließungsvertrag für den Bebauungsplan 96 - Breiller Gracht -
7. Widmung von Stadtstraßen für den öffentlichen Verkehr
8. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 8.1. 30. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Kirchenweg
hier: Aufstellungsbeschluss zur Änderung der Festsetzung "Fläche für die Landwirtschaft" in "Wohnbaufläche" und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
- 8.2. Bebauungsplan BP 97 - Kirchenweg -
hier: I. Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
II. Anordnung einer Einwohnerversammlung
9. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

10. Einwohnerfragestunde

Anfrage

B) **Nichtöffentliche Sitzung**

11. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung vom 05.07.05

12. Datenverarbeitung in der Stadt Übach-Palenberg
hier: Umsetzung einer autarken EDV-Netz- und Kommunikationsstruktur

13. Stundung von Geldforderungen

14. Erweiterungen zur Tagesordnung

15. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Anfrage des Stadtverordneten Gudduschat nach § 6 der GeschO für den Rat und die Ausschüsse vom 23.01.2006 betr. Einrichtung von Parkplätzen im Rahmen einer Grundstücksangelegenheit

Anfrage des Stadtverordneten Gudduschat nach § 6 der GeschO für den Rat und die Ausschüsse vom 23.01.2006 betr. finanzielle Zuwendungen an den Personalrat

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Bärbel Bartel	SPD
Frau Roswitha Bischhaus-Trotnow	UWG
Herr Bernhard Brade	CDU
Herr Sascha Derichs	SPD
Herr Thomas Dieckmann	UWG
Herr Herbert Fibus	SPD
Herr Joachim Fröhlich	SPD
Herr Fred Fröschen	CDU
Herr Josef Fröschen	CDU
Herr Peter Fröschen	CDU
Frau Karin Fürkötter	SPD
Herr Paul Josef Gerschel	SPD
Frau Silvia Gillen	CDU
Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Herbert Konrads	CDU
Herr Hans-Josef Krawanja	SPD
Herr Leo Meertens	UWG
Frau Petra Meyer	UWG
Herr Manfred J. Offermanns	FDP

Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Frau Eva Maria Piez	SPD
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen
Frau Vera Sarasa	UWG
Herr Wolfgang Schneider	SPD
Herr Matthias Spätgens	SPD
Herr Gerd Streichert	SPD
Frau Erika Tanzer	SPD
Herr Björn Utecht	B'90/Die Grünen
Herr Günter Weinen	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD
Herr Hubert Wynands	CDU

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker Schlüter
Herr Kämmerer Bernd Schmitz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberverwaltungsrat Hans-Peter Gätzen
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen
Herr Auszubildender VA Kai Nilles

Schriftführer

Herr Stadtamtman Thomas Schröder

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest und begrüßte die Stadtverordneten sowie den Vertreter der Presse. Er erklärte, dass den Stadtverordneten zwei schriftliche Anfragen des Stadtverordneten Gudduschat zur heutigen Sitzung übersandt wurden.

Diese beabsichtige er am Ende der nichtöffentlichen Sitzung zu beantworten.

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung stellen zu wollen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erinnerte daran, dass am 27. Januar 2006 der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau verstorben sei. Er bat die Anwesenden sich von den Plätzen zu erheben und erklärte:

„Am 27. Januar 2006 ist einer der ganz Großen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verstorben: Johannes Rau. Zu seinem Gedenken fand heute Vormittag in Berlin ein Staatsakt statt.

Fast 40 Jahre lang war er Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtages. Von September 1978 bis Mai 1998, also knapp 20 Jahre, bekleidete er das Amt des Ministerpräsidenten unseres Landes. Von Juli 1999 bis Ende Juni 2004 war er Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland.

Er war im In- und Ausland hoch geschätzt, beliebt, ein großartiger Politiker, Landesvater und Staatsmann. Versöhnen statt spalten, das war sein privates und sein politisches Leitbild. Ein außergewöhnlicher Politiker, eine außergewöhnliche Persönlichkeit ist tot. Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande und in unserer Stadt, Rat und Verwaltung der Stadt Übach-Palenberg sind traurig über den Tod eines der beliebtesten Politiker Deutschlands. Wir alle werden Johannes Rau nie vergessen und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.“

A) **Öffentliche Sitzung**

1 **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Stadtverordneter **Meertens** erklärte, dass der Aktionskreis „Pro Übach“ getagt habe. Dieser habe sich dafür ausgesprochen, dass ein Weihnachtsmarkt in der Waschkaue am CMC stattfinden solle.

Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass das Vorhaben eines gemeinsamen Weihnachtsmarktes von Übach und Palenberg sich auch zum jetzigen Zeitpunkt noch realisieren lasse. Insbesondere eine konkrete Aussage der AWO in Bezug auf die Nutzung und die mögliche Miete der Waschkaue stünden jedoch noch aus.

Bürgermeister Schmitz-Kröll wies darauf hin, dass im März eine Sitzung der zuständigen Projektgruppe des Stadtmarketings vorgesehen sei. Er hoffe, dass bis dahin die Realisierung des gemeinsamen Projektes weiter voranschreiten werde.

Beschluss:

Die Niederschrift der letzten Sitzung des Rates vom 13.12.2005 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung vom 05.07.05**

Der Bericht über die Beschlüsse des Rates aus öffentlicher Sitzung vom 05.07.2005 wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3 **Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass**

Beschluss:

Die beiliegende Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass wird beschlossen (die Anlage ist Bestandteil der Einladung zu dieser Sitzung und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 4 Antrag der St. Sebastianus Schützenbruderschaft 1410 Übach e.V. vom 25.10.2004 auf eine Finanzierungsbeihilfe für den Bau eines vereinseigenen Schützenheimes incl. Luftgewehr-Schießanlage
-

Beschluss:

Dem Antrag der St. Sebastianus Schützenbruderschaft 1410 Übach e.V. vom 25.10.2004 auf eine Finanzierungsbeihilfe für den Bau eines vereinseigenen Schützenheimes inklusive Luftgewehr-Schießanlage wird nicht entsprochen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 5 28. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Marienstraße/Grenzweg

hier: Aufstellungsbeschluss zur Änderung der Festsetzung "Grünfläche" in "Sondergebiet" und "Mischgebiet" und Anordnung der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie Anordnung der öffentlichen Auslegung

Beschluss:

1. Die Aufstellung der 28. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich "Grünfläche" Marienstraße/Grenzweg wird beschlossen.
2. Die Beteiligung der Öffentlichkeit wird durch Auslegung des Planentwurfes gem. § 3 Abs. 2 BauGB durchgeführt. Auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 Satz 2 verzichtet, da diese bereits im Zuge des Bebauungsplanes Nr. 95 – Marienstraße – durchgeführt wurde.
3. Die Beteiligung der Behörden und sonstigen berührten Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.
4. Beschluss zur Anordnung der öffentlichen Auslegung im Anschluss an die frühzeitige Behördenbeteiligung.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils 27 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen

- 6 Erschließungsvertrag für den Bebauungsplan 96 - Breiller Gracht -
-

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass die Verwaltung mit der VOBA Wohnbau GmbH gesprochen habe und die in der Haupt- und Finanzausschusssitzung gestellten Fragen bezüglich der Sicherheitsleistung klären konnte.

Beigeordneter **Schlüter** führte aus, dass die jetzt vereinbarten Preise um 3,25 Euro/qm steigen würden, sollte eine Sicherungsleistung eingefordert werden. Dies müssten dann die Grundstücksinteressenten zusätzlich aufbringen.

Zur Bonität des Unternehmens VOBA Wohnbau GmbH führte er aus, dass diese über ein Stammkapital von 1 Mio. Euro verfüge. Im Falle einer Insolvenz würde eine Durchgriffshaftung auf die Gemeinschaft der Volks- und Raiffeisenbanken erfolgen.

Die Verwaltung beabsichtige daher auch weiterhin in gleich gelagerten Fällen keine Sicherungsleistung zu verlangen, sofern es sich bei den besagten Firmen um Tochterunternehmen von Banken handele, die entsprechend abgesichert seien.

Stadtverordneter **Weißborn** bestätigte seine Position aus der Haupt- und Finanzausschusssitzung eine Sicherheitsleistung nicht zu verlangen, wenn dies für die Grundstückseigentümer zu einer Verteuerung führe.

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, dass es um die Interessen und die Sicherheit der jeweiligen Eigentümer gehe. Die von Beigeordneten Schlüter dargestellte Durchgriffshaftung sei jedoch ausreichend.

Beschluss:

Dem als Anlage beigefügten Erschließungsvertrag zwischen der Stadt Übach-Palenberg und der VOBA Wohnbau GmbH, Hinterm Engel 20, 47574 Goch wird zugestimmt (die Anlage ist Bestandteil der Einladung zu dieser Sitzung und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7 Widmung von Stadtstraßen für den öffentlichen Verkehr

Beschluss:

Die nachfolgend aufgeführten Straßen sind gemäß § 6 Abs. 1 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1995 (GV.NRW S. 1028/SGV.NRW 91) in der zur Zeit geltenden Fassung dem öffentlichen Verkehr zu widmen:

- **Am Schlosswald**
- **Rimburger Allee**

Die gewidmeten Straßen werden als Gemeindestraßen im Sinne des § 3 Abs. 4 StrWG eingestuft.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8 Erweiterungen zur Tagesordnung

8.1 30. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Kirchenweg

hier: Aufstellungsbeschluss zur Änderung der Festsetzung "Fläche für die Landwirtschaft" in "Wohnbaufläche" und Anordnung des Beteiligungsverfahrens

Stadtverordneter **Weinen** erinnerte daran, dass er auch in der Haupt- und Finanzausschusssitzung darauf hingewiesen habe, dass die geplante Maßnahme schon einmal Inhalt eines Antrages der CDU-Fraktion gewesen sei. Der sukzessive Ausbau, wie er auch hier vorgeschlagen werde, sei auch schon damals im Sinne der CDU-Fraktion gewesen.

Bezüglich des Ortes der Einwohnerversammlung schlage er vor, die Veranstaltung in der Turnhalle in Scherpenseel durchzuführen. Da mit einer größeren Beteiligung zu rechnen sei, könne hier entsprechend reagiert werden.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte ursprünglich auch daran gedacht zu haben, die Sporthalle in Scherpenseel nutzen zu wollen. Vor dem Hintergrund, dass dort jedoch kein Mobiliar vorgehalten werde, böte sich an, die Einwohnerversammlung in der Musikschule Marienberg durchzuführen. Hier könne die vorhandene Bestuhlung genutzt werden.

Die Entfernung zu den entsprechenden Grundstücksflächen sei von der Turnhalle in Scherpenseel genauso weit wie zur Musikschule in Marienberg.

Stadtverordnete **Bartel** erinnerte an die Einwohnerversammlung zur Umgehungsstraße Scherpenseel, die auch in der Turnhalle stattgefunden habe. Für eine Einwohnerversammlung böte diese sich nicht an. Auch sie halte die Musikschule für besser geeignet.

Stadtverordneter **Meertens** erinnerte daran, dass ein Transport des Mobiliars auch Geld koste und der logistische Aufwand die Veranstaltung in der Turnhalle nicht rechtfertige.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte die organisatorischen Maßnahmen von ihrer Tragweite nicht abschätzen zu können. Jedoch halte er es für sinnvoll, die Einwohner z. B. der von-Liebig-Straße nicht über das Feld schicken zu müssen, sondern zur Veranstaltung im Ort einzuladen.

Stadtverordneter **Offermanns** erklärte, dass die Argumente für die Veranstaltung in Scherpenseel nicht von der Hand zu weisen seien. Auch die wirtschaftlichen Aspekte seien allerdings zu berücksichtigen. Er halte es für bedenkenswert, dass viele Scherpenseeler vielleicht gar nicht die Möglichkeit hätten, diesen Termin wahrzunehmen, wenn sie über kein Auto verfügten. Es sei schließlich nicht zumutbar, in der Dunkelheit über das freie Feld nach Marienberg zu gehen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte fest, dass unterschiedliche Meinungen und Positionen zur Frage des Veranstaltungsortes vorliegen. Er habe sich die Argumente des Für und Wider angehört und werde seine Entscheidung später treffen und rechtzeitig bekannt geben.

Beschluss:

1. Für den im Übersichtsplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB die 30. Änderung des Flächennutzungsplanes angeordnet (der Plan ist Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

8.2 Bebauungsplan BP 97 - Kirchenweg -

- hier: I. Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
II. Anordnung einer Einwohnerversammlung**
-

Beschluss:

I. Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens

1. Für den im Übersichtsplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB der Bebauungsplan 97 – Kirchenweg – aufgestellt (der Plan ist Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

II. Anordnung einer Einwohnerversammlung

Die geplante frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit in Form einer einmonatigen Auslegung des Planentwurfes wird durch eine Einwohnerversammlung ergänzt.

Folgende Stadtverordnete nehmen an der Einwohnerversammlung teil:

Für die Fraktion der SPD:	Bärbel Bartel und Heiner Weißborn
Für die Fraktion der CDU:	Silvia Gillen und Herbert Konrads
Für die Fraktion der UWG:	Paul Joeris
Für die Fraktion B'90/DIE GRÜNEN:	Rainer Reißmayer
Für die FDP:	Manfred J. Offermanns

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

9 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters lagen nicht vor.

10 Einwohnerfragestunde

Dr. Frank **Tuchtenhagen** erkundigte sich danach, ob es nicht grundsätzlich möglich sei, die in der Conneallee/Bucksberg aufgestellten Holzpfeiler zur Straßenverengung zu entfernen. Neben den Bodenwellen seien bei der Anlage der Straßen auch Holzpoller mit Reflektoren errichtet worden. Da sich diese jedoch in einem weitest gehend mangelhaften Zustand befinden und vielfach auch die Reflektoren nicht mehr vorhanden seien, stellten sie eher eine Gefahr dar.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erläuterte, dass die Verbindung von Bodenschweller und Holzpoller seinerzeit bewusst so gewählt worden sei, um eine ausreichende Sicherheit zu gewährleisten.

Stadtverordneter **Weinen** pflichtete der Anregung des Herrn Dr. Tuchtenhagen bei. Zudem wies er darauf hin, dass sich auch das Fahrbewusstsein der Anwohner geändert habe. Die Beibehaltung der restriktiven Verkehrsberuhigung erscheine deshalb wenig sinnvoll. Selbst der Bauhof habe sich in der Vergangenheit mit den Anwohnern auseinandergesetzt und teilweise auf das Wiederaufstellen beschädigter oder umgefahrener Poller verzichtet. Er regte an, dies auch für die Zukunft so zu handhaben.

Bürgermeister Schmitz-Kröll verwies darauf, dass es jawohl triftige Gründe dafür gegeben haben müsse, dass die Poller seinerzeit als zusätzliche Maßnahme aufgestellt worden seien. Wenn die damaligen Gründe (z.B. Forderung der Polizei oder des Straßenverkehrsamtes) auch heute noch Bestand hätten, sollten die Poller wieder aufgestellt werden.

Stadtverordneter **Weinen** verwies zusätzlich darauf, dass auch überbreite landwirtschaftliche Fahrzeuge mit den aufgestellten Pollern Probleme gehabt hätten. Auch aus diesem Grund solle auf das Aufstellen der Poller verzichtet werden.

Stadtverordneter **Krawanja** verwies zusätzlich darauf, dass auch am Sportplatz in Frelenberg eine ähnliche Situation bestehe. Auch hier habe man auf das Wiederaufstellen der Poller verzichtet.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass die Verwaltung die besagten Anlagen überprüfen und entsprechend den verkehrlichen Notwendigkeiten handeln werde.

Stadtverordneter **Offermanns** ergänzte, dass Entscheidungen, die in früherer Zeit ihre Berechtigung gehabt hätten, heute durchaus in einem anderen Licht gesehen und ggf. überdacht werden sollten.

Anfrage der CDU-Fraktion

Stadtverordneter **Weinen** erinnerte daran, dass er in der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung bezüglich der Entwicklung der Hartz IV Kosten im abgelaufenen Jahr um Stellungnahme der Verwaltung gebeten habe.

Zwar habe man sich darauf geeinigt, dass diese erst mit der Vorlage des Haushaltes erfolge, jedoch erkundigte er sich danach, ob schon jetzt Erkenntnisse und entsprechende Informationen gegeben werden könnten.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** verwies darauf, dass genaue Zahlen erst später vorgelegt werden könnten. Zum jetzigen Zeitpunkt könne er jedoch sagen, dass in Bezug auf Hartz IV die angefallenen Kosten für das gesamte Kreisgebiet im Haushaltsjahr 2005 +/- 0 gedeckt werden konnten.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss um 18.35 Uhr die öffentliche Sitzung

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um 19.50 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Schröder
Schriftführer